Basel, den 15. März 1941 — 41. Jahrgang - No. 11

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-16 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 10.— per Jahr, Fr. 5.50 per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.

Redaktion: Dr. WALTER RUF
Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K) Basel, Tellstrasse 62/64.

Inhalt: Sitzung des Aufsichtsrates des V.S.K. — Positive Einstellung. — Vainö Tanner 60 Jahre alt. — Mehranbau, Jugend und Genossenschaft. — Für den Mehranbau. — Ein „Arbeitsprogramm" des Schweizerischen Detaillistenverbandes — (V.O.L.G.). — Verschiedene Tagesfragen. — Versorgung und Rationierung. — Drohende Wohnungsnot? „Wohnbauschlacht". Verkehrsprobleme. — Kurze Nachrichten. — Das Tram im Dienste des genossenschaftlichen Güterverkehrs. — Geleistetes zeigen! Die Woche der Genossenschaftlichen Studienzirkel. — Vierter Diskussionsabend der W.A.G. in Bern. Instruktionskurs im Kreis IXb. Die Bibliothek des V.S.K. bietet ihre Dienste an. — Bibliographie. — Konsumgenossenschaftliche Hilfe für die Bergbevölkerung. Studienzirkel und Genossenschaftlicher Frauenverein. — Zusammenkunft in Zürich. — Aus unserer Bewegung. — Schweizerische Tagung für Freizeitgestaltung. — Versammlungskalender. — Arbeitsgemeinschaft der Chefbuchhalter schweiz. Konsumvereine: Einladung zu einer Zusammenkunft. — Verwaltungskommission. — Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine (V.A.S.K.). — Genossenschaftliches Seminar. — Arbeitsmarkt.

Sitzung des Aufsichtsrates des V.S.K.

vom 8. März 1941.

Der Aufsichtsrat des V.S.K. versammelte sich am 8. März 1941 im Genossenschaftshaus Freidorf.

Nach Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 7. Dezember 1940 und Beantwortung der Interpellationen zu den Monatsberichten der Verwaltungskommission pro Dezember 1940, Januar und Februar 1941, nahm der Aufsichtsrat den Jahresbericht und die Jahresrechnung des V.S.K. per 31. Dezember 1940 entgegen und beschloss, dieselben auf Grund des Berichtes des Ausschusses des Aufsichtsrates über die Prüfung des Jahresabschlusses 1940 und auf Grund eigener Behandlung in empfehlendem Sinne an die Delegiertenversammlung weiterzuleiten.

Die Tagesordnung für die Delegiertenversammlung vom Samstag, den 21. Juni 1941, in Luzern, wurde besprochen und provisorisch festgesetzt. Als Vorsitzender der Delegiertenversammlung wurde Herr Nationalrat Joh. Huber bestimmt.

Auf Antrag der Verwaltungskommission beschloss der Aufsichtsrat die Ausrichtung einer Teuerungszulage an das Personal unter besonderer Berücksichtigung der Verheirateten und der unmündigen Kinder.

Als Mitglieder der Delegation des V.S.K. für die Neubestellung der Verwaltung der Schuh-Coop werden die bisherigen Herren M. Maire und O. Zellweger und an Stelle des zurückgetretenen Herrn E. Angst Herr G. Schmid, Gränichen, vorgeschlagen. Der Vorsitzende verdankte die wertvollen Dienste des zurückgetretenen Herrn E. Angst aufs wärmste.

Der von der Delegation des Aufsichtsrates und der Verwaltungskommission des V.S.K. unterbreitete Entwurf der Anpassung der Verbandsstatuten an das neue Gesetz wurde vom Aufsichtsrat einstimmig gutgeheissen.

Verschiedene Geschäfte, die wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr behandelt werden konnten, wurden auf eine a. o. Sitzung, die am 22. März stattfindet, vertagt.

Positive Einstellung.

Positive Einstellung ist eine geistige Haltung, die man heutzutage leider zu wenig antrifft. Die mannigfachen Enttäuschungen, die die vielen Versuche zur Aufrechterhaltung des Friedens, die Wirtschaftskrise mit ihren fatalen Nebenerscheinungen und so manches andere Erlebnis im gegenwärtigen Kriege gebracht haben, müssen auf die Mentalität auch führender Kreise derart entmutigend gewirkt haben, dass es heute gerade im Schweizerlande ausserordentlich schwer hält, mit neuen Ideen gut demokratischen Aufbaues durchzudringen. In manchen verantwortlichen Kreisen scheint die Meinung noch vorzuherrschen, dass nach diesem Kriege alles Bestehende im gleichen Sinne, ohne wesentliche Aenderungen des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges im grossen und ganzen weiterspiele und die Erhaltung von Positionen und Rechten erlaube, die im Laufe der für viele verhältnismässig doch ziemlich geruhsamen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte errungen wurden. Diese Meinung führt zu jenem Gefühl der Ueberlegenheit über alles, was sich da und dort an Reaktion gegenüber dem Bestehenden zu regen beginnt, über alles Streben, das sich vorerst noch in Form der Erneuerungsbewegungen offenbart, über das ehrliche Bemühen vieler, vor allem jüngerer Kräfte, eine gesunde Verbindung zwischen den Kräften der Tradition und dem Neuen herbeizuführen. Vielleicht ist diese Ueberlegenheit oft auch nichts mehr als Verlegenheit. Auf jeden Fall ist sie mehr denn je heute verfehlt. Denn es heisst eine landesverheerende Vogelstrausspolitik treiben, nicht sehen und eingestehen zu wollen, dass sich mit den immer grösser werdenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der genügenden Rohstoffversorgung, der Beschaffung von Lebensmitteln, der Erhaltung der Beschäftigung in den unzähligen Betrieben des Handels, der Banken, des Gewerbes, der Industrie, auch geistige Probleme von ausserordentlicher Tragweite ergeben. Hier gilt es, beizeiten die nötigen Vorkehren zu treffen, sich nicht von den sich überstürzenden Ereignissen überrumpeln zu lassen und

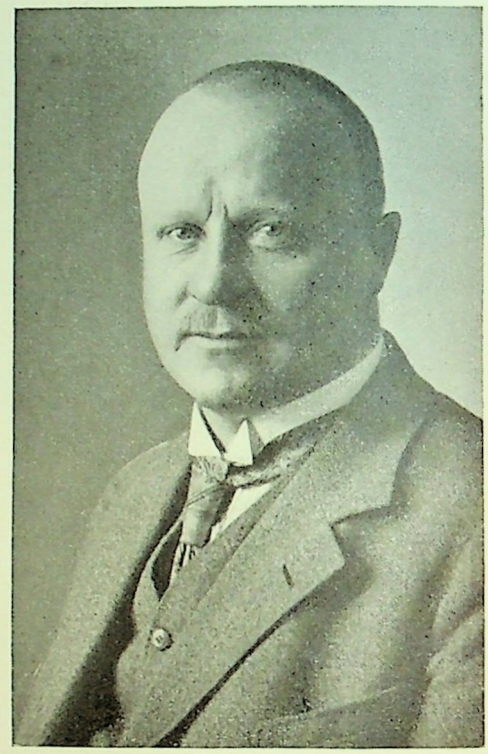
vor allem jetzt schon dafür Sorge zu tragen, dass diese Krise unter dem opferwilligen und opferbereiten Einsatz der Verantwortlichen auf gut schweizerische und eidgenössische Art gemeistert wird.

Die Begeisterung, die sich in vielen Organisationen, Kantonen und Gemeinden z. B. bei der derzeitigen Mehranbauaktion offenbart, zeigt, dass noch viel guter Willen, viel persönliche Bereitschaft zum freiwilligen Einsatz für den in Schwierigkeiten geratenen und geratenden Bruder vorhanden sind. Als besondere Genugtuung erleben bei diesem Streben die Freunde des wahren Genossenschaftswesens die Tatsache, dass der Geist der Gemeinschaft und vor allem der Selbsthilfe, dass die Erkenntnis von den in der genossenschaftlichen Organisation liegenden Möglichkeiten in einer Weise und bei so manchen Gelegenheiten zum Durchbruch gelangen, dass sich für die genossenschaftliche Aktion im allgemeinen erfolgversprechende Aussichten eröffnen. Soweit solche Aeusserungen der genossenschaftlichen Erkenntnis nur Schlagwort, Mittel zu irgendwelchen persönlichen Zwecken und Aspirationen sind, werden sie von selbst an der besseren Erkenntnis der tatsächlichen Genossenschafter zerschellen und auf deren hartnäckige Ablehnung stossen. Soweit sie jedoch Kennzeichen des gut schweizerischen, aus der Verpflichtung gegenüber dem Ganzen kommenden, echten, gutwilligen Strebens nach gemeinsamer Ueberwindung der vorhandenen Nöte sind, müssen diese Bestrebungen das wache Interesse und die innere Anteilnahme jedes Genossenschafters finden. Denn er darf darin die, wenn auch erst etwas spät wach gewordene, Erkenntnis weiterer Kreise von den hohen erhaltenden und fortschrittlichen Werten der Genossenschaft sehen und sich darüber freuen, dass ihm Hilfskräfte erwachsen, die den Kampf gegen übertriebenen Egoismus, Verkrampfung und Rückschrittlichkeit erleichtern.

Die Entwicklung zu vermehrter Genossenschaftlichkeit im Wirtschaftsleben unseres Landes auferlegt jedoch gerade unserer Bewegung, die nun schon seit mehreren Generationen das genossenschaftliche Gedankengut wahrt, pflegt und fördert, die Verpflichtung, nicht nur mit aller Aufmerksamkeit über der Einhaltung der aus echtem Genossenschaftsgeist geborenen Grundsätze zu wachen, sondern in erster Linie auch an die eigene Leistung einen Masstab zu legen, der nicht die Bescheidung mit dem jeweils Erreichten bedeutet, sondern immer wieder Anlass zu neuen Taten, neuer Aktion ist. Es ist der Zeitpunkt da, dass die Anforderungen noch weiter erhöht werden müssen. Kein einziger Angestellter und noch viel weniger Vorgesetzter in einem Genossenschaftsbetrieb, kein Behördemitglied, darf sich von diesem guten Streben nach erhöhter Leistung im Dienste der Genossenschaftssache ausgenommen wissen. So gilt es, das Positive aus all den in der heutigen Entwicklung liegenden Erscheinungen herauszufühlen und aus jedem neuen Ereignis eine neue Verpflichtung für die heute so wichtige genossenschaftliche Arbeit, deren Sinn ja weit über das Materielle hinausgeht, zu machen. Ueberall wo sich genossenschaftliches, vor allem konsumgenossenschaftliches Leben regt, erkenne man diese positiven Seiten und Chancen der Zeit. Der Weg zu weiteren Fortschritten geht über die gemeinsame Entschlossenheit und innere Einheit aller Kräfte unserer Bewegung, wo immer sie wirken, und das tatbereite Streben, im Blick auf das Ganze, unser Schweizerland, den wahren Genossenschaftsgeist im Wirtschaftsleben Wirklichkeit werden zu lassen. r.

Vainö Tanner 60 Jahre alt.

Am 12. März wurde Vainö Tanner, der finnische Genossenschaftsführer und Präsident des Internationalen Genossenschaftsbundes, 60 Jahre alt. Vainö Tanner war mehrmals Minister und auch Ministerpräsident. Vor allem als Direktor des «Elanto», der international bekannten Konsumgenossenschaft in



Helsinki, hat er sich um die Förderung der finnischen Genossenschaftsbewegung schon grosse Verdienste erworben. 1940 ist Tanner aus der finnischen Regierung ausgeschieden, um sich wieder in besonderem Masse dem genossenschaftlichen Aufbau zu widmen. Zu seinem Geburtstag stellt sich auch die Schweizer Bewegung mit herzlichen Wünschen für persönliches Wohlergehen und weitere erfolgreiche Arbeit im Dienste der menschen- und völkerverbindenden Genossenschaftsidee ein.

Hätten die Nationen schon genügend genossenschaftlichen Geist in sich aufgenommen und wären die genossenschaftlichen Organisationen der Welt stark genug, dann wäre man schon ein Stück weiter gekommen durch Organisierung der internationalen Wirtschaft im Dienste des Gemeinwohls und durch Schaffung einer wirklichen Wirtschaft zum Wohle der breiten Massen aller Nationen.

Vainö Tanner

Mehranbau, Jugend und Genossenschaft.

Heute spricht man überall von Mehranbau, dem Einsatz von vermehrten Arbeitskräften in der Landwirtschaft, und nicht zuletzt auch vom Einsatz der Jugend zur Verwirklichung des Planes Wahlen.

In den folgenden Abschnitten soll nun ganz besonders der Einsatz der berufstätigen Jugend beim Mehranbau behandelt werden.

Die Mithilfe der berufstätigen Jugend beim Mehranbau hängt von verschiedenen Faktoren ab, wie Freizeit, berufliche Ausbildung, und nicht zuletzt die für die Jugend besonders wichtige Anspornung durch greifbare Resultate und Erfolge.

Wenn wir vom Einsatz der berufstätigen Jugend während deren Ferien absehen, so bleibt uns immer noch der Weg der Selbstversorgung der Jugend durch genossenschaftlichen Selbstanbau. Vom Einsatz während der Ferien ist zu sagen, dass die noch nicht dienstpflichtige Jugend heute, während der Mobilisation, im Geschäft oder an der Arbeitsstelle zu grösseren Arbeitsleistungen herangezogen wird, als dies schon der Fall war, und deshalb eine Erholung während der Ferien nicht in Form von Landarbeit, sondern eher in Form von Ferienlagern, Ferienwanderungen usw. gegeben sein wird.

Durch die Selbstversorgung der Jugend kann jedoch sehr viel erreicht werden. Hier bestehen verschiedene Möglichkeiten, um der Jugend Gelegenheit zu geben, sich beim Mehranbau zu betätigen. Und hier setzt auch schon die Aufgabe der Genossenschaft ein, um diesen Einsatz auf gemeinschaftlicher Basis zu organisieren. Wie dieser Einsatz organisiert werden kann, das zeigt uns die durch die Genossenschaftlichen Jugendzirkel des A.C.V. beider Basel ins Leben gerufene Schollengenossenschaft G. J. Z. Bereits durch die Uebernahme eines Anteiles von Fr. 20.— durch ein Genossenschaftsmitglied wird dessen Interesse an der gemeinsamen Sache geweckt. Durch die Statuten ist genau festgelegt, wie dieser Betrag bei Nichtbeteiligung an den gemeinsamen Arbeiten der Genossenschaft zu Gunsten der Gemeinschaft verfällt. Durch das gemeinsame Bearbeiten des Landes und die Verteilung des Reinertrages in Form von Landesprodukten an die Genossenschaftsmitglieder wird erreicht, dass die in der Genossenschaft vereinigte Jugend sich für ihr Werk einsetzt; denn jedem wird es klar sein, dass durch seine Arbeitsleistung der Mehrertrag gesteigert wird. Aber noch mehr: Durch das gemeinsame Bearbeiten des Bodens, der der Jugend pachtweise überlassen werden soll, also sozusagen ihr eigener Boden wird, kann auch der Sinn für die Genossenschaft, für unser Staatswesen geweckt werden. Welch ein Stolz für die Genossenschaftsmitglieder, zu wissen, dass unsere Vorfahren in ihren Alp- und Weidgenossenschaften bereits das Prinzip der gemeinsamen Selbsthilfe verwirklicht hatten, um damit ihrer Heimat zu dienen, und dass die Jugend von heute auf die genau gleiche Weise zusammensteht, um durch diese Arbeit unserer Heimat in schwerer Zeit zu helfen, durchzuhalten und weiterzubestehen. Es soll damit nicht gesagt sein, dass dies bei freiwilligen Arbeitsleistungen in der Landwirtschaft nicht auch der Fall sei. Aber der im beruflichen Leben stehenden Jugend wird es kaum möglich sein, sich freiwillig in der Landwirtschaft einzusetzen, da in diesem Moment die Alternative auftaucht: Freiwilliger Einsatz in der Landwirtschaft und damit eventuell die Aufgabe des Berufes für einige Zeit, was jedoch im Blick auf die berufliche Ausbildung der Jugend nicht zu befürworten ist; denn gerade für die Zukunft unseres Landes ist es ausschlaggebend, ob wir für unsere Industrie den nötigen, beruflich einwandfrei ausgebildeten Nachwuchs besitzen oder nicht.

Wie soll es nun aber der Jugend möglich sein, trotz der Tätigkeit in einem Beruf erst noch in der Schollengenossenschaft die verlangte Sacheinlage in Form von Arbeitsstunden zu leisten?
In Basel zum Beispiel ist in dieser Beziehung noch eine Frage aktuell, nämlich dass in Stadtnähe nicht genügend Land zur Verfügung steht, um einen eventuellen Einsatz nach Feierabend zu gewährleisten.

Immerhin ist die Schollengenossenschaft G.J.Z. in der glücklichen Lage, von der örtlichen Konsumgenossenschaft, dem A. C. V. beider Basel, in Stadtnähe ein schön gelegenes Stück pachtweise zur Verfügung gestellt erhalten zu haben. Es ist deshalb Aufgabe der örtlichen Genossenschaften im Lande herum, zu untersuchen, ob einer von der Jugend gegründeten Selbsthilfegenossenschaft ebenfalls solches Land überlassen werden kann, oder aber der Jugend behilflich zu sein und ihr bei der Beschaffung tatkräftig zur Seite zu stehen.

Steht nun Land in der Nähe des Wohnortes zur Verfügung, so ist der Arbeitseinsatz verhältnismässig einfach, indem die Genossenschaftsmitglieder nach Feierabend gemeinsam das Land bebauen. Durch die Einführung der Sommerzeit (die in diesem Jahre vorgesehen ist), wird diese Art der Arbeitsleistung noch begünstigt, indem der Einbruch der Dunkelheit um eine Stunde hinausgeschoben werden kann. Steht nun aber kein Land in der Nähe des Wohnortes zur Verfügung, so kann der Arbeitseinsatz folgendermassen organisiert werden:

Die Jugendlichen, die sich in der Selbsthilfegenossenschaft zusammengeschlossen haben, werden in Arbeitsgruppen zusammengefasst (dies ist übrigens auch beim Einsatz nach Feierabend notwendig). In den meisten Kantonen besteht die gesetzliche Vorschrift eines Freinachmittags, sei es am Samstag oder unter der Woche. Durch Vermittlung der Arbeitsämter oder anderer Organisationen müsste nun versucht werden, die Freitage der Arbeitsgruppen über die ganze Woche zu verteilen, so dass während der ganzen Woche am Nachmittag durch eine Gruppe das Land bebaut werden kann. Durch eine solche Organisierung würde auch die Möglichkeit geschaffen, die Arbeitsgruppen kollektiv zum Arbeitsplatze zu befördern. Würde der Einsatz der Jugend in grossem Masstabe auf diese Art und Weise erfolgen (im Zusammenwirken der Jugendorganisationen aller Richtungen), so wäre eventuell die Möglichkeit vorhanden, diesen Jugendselbsthilfegenossenschaften einen Sondertarif auf den Transportmitteln zu schaffen, wie dies beim Militär der Fall ist.

Der Ertrag des durch die Arbeitsgruppen an verschiedenen Tagen bearbeiteten Landes wird an alle Genossenschaftsmitglieder nach Massgabe der geleisteten Arbeit verteilt werden (der Arbeitseinsatz und die Verteilung des Reinertrages sind statutarisch festzulegen). Durch Berechnung wird es möglich sein, festzustellen, wie gross das Landstück sein muss, um für jedes Genossenschaftsmitglied einen

Ertrag herauszuwirtschaften, der es ihm ermöglicht, seinen Bedarf an lagerfähigen Landesprodukten (Kartoffeln, Erbsen, Bohnen, Zwiebeln usw.) einzudecken.

Durch das gemeinsame Schaffen am Mehranbau unseres Landes, durch gemeinsames Arbeiten auf «eigenem Boden», und den Gedanken, durch diese Arbeit an der Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes tatkräftig mitwirken zu können, wird man viele Jugendliche für eine solche Selbsthilfegenossenschaft begeistern können. Durch solche Arbeiten wird es aber auch möglich, die Jugend auf ganz andere Art und Weise für unsere Eidgenossenschaft zu gewinnen, als dies durch politische Jugendgruppen der Fall ist. Nicht dass diese nicht ebenso notwendig sind zur Bildung und Verbreitung unserer Staatsideen, aber was nützen uns die besten Theoretiker, wenn sich die Jugend nicht durch praktische Arbeit für diese Ideen begeistern kann. Durch den verfügten Mehranbau haben wir Gelegenheit, die Jugend zur Verantwortung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Landesverteidigung heranzuziehen, sie durch praktische Arbeit für unser Land zu gewinnen. Lassen wir diese Gelegenheit nicht unbenützt verstreichen, greifen wir zu und schaffen wir aus unserer Jugend wieder einen Nachwuchs von überzeugten Eidgenossen und Eidgenossinnen, dann braucht es uns um die Zukunft unseres Landes nicht bange zu sein.

Die Genossenschaften, die örtlichen wie die schweizerischen, müssen die Initianten werden, um auf solche praktische Weise voranzugehen, neue Wege zu weisen, wie man dem Lande nützen kann. Nicht nur in Studienzirkeln, W. A. G., Frauenkommissionen usw. diskutieren, sondern in tatkräftiger Selbsthilfe vorangehen. Neues Schaffen, um damit den Gemeinschaftsgedanken in noch weit grösserem Masse unter unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu tragen, das ist heute die Aufgabe unserer Genossenschaftsbewegung. Nur durch die praktische Tat wird es uns gelingen, auch die Jugend für unsere Ideen, für unsern Staat zu gewinnen; zögern wir deshalb nicht, dies zu tun. Wagen wir etwas, dann können wir gewinnen. Darum ist es Aufgabe der Genossenschaftsbewegung, alles einzusetzen, auch eine genossenschaftliche Jugendbewegung zu schaffen. Die Parole für die Selbsthilfegenossenschaften der Jugend aber sei:

Freie Schweizerjugend auf freiem Boden und aus freiem Willen für unsere Eidgenossenschaft. M. V.

Das Glück der andern ist so sehr unser Glück, dass wir eigentlich nur in einem befriedeten und befriedigten Europa uns selbst ganz treu sein können. In einer Lage, in der die meisten Nationen durch ihren Unabhängigkeitswillen geradezu verpflichtet sind, ihre Nachbarn wenn nicht zu hassen, so doch als Feinde, Bedroher oder Unterdrücker zu bekämpfen, ist es unser Schicksal, ihnen allen dienen zu dürfen und dadurch für alle eine menschlichere Zukunft vorzubereiten. Wer das heute, trotz allen Gefahren, Schwierigkeiten und Ungewissheiten unserer Lage, nicht als unermessliche Wohltat empfindet, der hat das Höchste und Schönste, das wahrhaft Humanistische an unserer schweizerischen Vaterlandsliebe noch nicht erfasst.

William Rappard
in der „N. Z. Z."

Für den Mehranbau.

In den Dienst des Mehranbaus werden auch Sportplätze, Parkanlagen usw. gestellt. So wird auf dem obigen Spielplatz inmitten einer Zürcher Wohnkolonie der Boden für die Schaffung neuer Nahrung vorbereitet. Auch Konsumgenossenschaften leisten dem Lande grosse Dienste, wenn sie mit Hilfe ihrer Angestellten oder sonstiger Hilfskräfte ihnen zur Verfügung stehendes Land dem Mehranbau nutzbar machen.

Ein „Arbeitsprogramm" des Schweizerischen Detaillistenverbandes.

Einem in der «Schweiz. Detaillisten-Zeitung» wiedergegebenen «Arbeitsprogramm» des Schweizerischen Detaillistenverbandes können Postulate entnommen werden, wie sie heute von jedem fortschrittlichen, modernen Grossbetrieb praktiziert werden. Das Arbeitsprogramm ist ein neues ermutigendes Zeichen dafür, dass es leitenden Kreisen des privaten Detailhandels ernsthaft darum zu tun ist, den Anschluss an die Erfordernisse des allgemeinen Fortschritts auch auf dem Gebiete der Warenvermittlung zu finden. Mit Interesse vernimmt man von dem Verlangen nach der Schaffung von Studienzirkeln, von der Erkenntnis der veränderten Käufermentalität, von der Forderung der Rationalisierung, der Branchenbereinigung durch Verständigung unter den Detaillisten, von der einheitlichen Kundenpresse, der einheitlichen Rabattgewährung, vom genossenschaftlichen Wareneinkauf, vom Einsatz der «genossenschaftlichen Selbsthilfe» usw. Wem es um die Realisierung der grossen Aufgaben, die der schweizerischen Warenvermittlung in der nächsten Zukunft gestellt sind, wirklich ernst ist, kann dem in den weiter unten wiedergegebenen Postulaten zum Ausdruck kommenden Willen — soweit es sich um die persönliche, geschäftliche und organisatorische Leistungssteigerung handelt — nur Erfolg wünschen. Denn so wird endlich einmal der Boden geschaffen, auf dem ohne übertriebenes Expansionsstreben des einzelnen jener gut schweizerische Leistungswettbewerb ausgetragen werden kann, der wirklich dem Ganzen nützt und gegenseitiger Ansporn zu vollwertigen Leistungen — ohne bemühende Stützungsaktionen seitens des Staates (Warenhausbeschluss, Ausgleichsteuer usw.) — geschaffen wird. Aus dem weitgefassten Arbeitsprogramm seien folgende Postulate wiedergegeben:

1. Schaffung von Arbeitsgruppen und Studienzirkeln innerhalb des mittelständischen Detailhandels, zwecks ständiger beruflicher Weiterbildung und geschäftlichen Erfahrungsaustausches.

2. Anpassung der geschäftspolitischen Grundsätze auf dem Gebiete des Qualitäts- und Preisproblems an die heutige, veränderte Käufermentalität, unter grundsätzlicher Betonung des Qualitätsgedankens, als natürliche Voraussetzung unseres nationalen Wirtschafts- und Geschäftslebens.
3. Vernünftige Anwendung der Rationalisierungsmethoden im Handel unter möglichster Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen aller mit dem Handel verbundenen Wirtschaftszweige.
4. Förderung der Branchenbereinigung durch Verständigung unter den Detaillisten, Detaillistenorganisationen und Fabrikanten.
5. Förderung der Gemeinschaftspropaganda als Gegengewicht der Werbemethoden der Grossbetriebe. Planmässige Zusammenfassung aller Einzelaktionen zu Gunsten einer umfassenden schweizerischen Gemeinschaftspropaganda.
6. Schaffung einer einheitlichen schweizerischen Kundenpresse.
7. Propagierung der einheitlichen Rabattgewährung im Kampfe um die wettbewerbliche Angleichung zwischen Klein- und Grossbetrieb.
   Vereinheitlichung der Rabatt- und Rückvergütungsansätze des Kleinhandels.
8. Ausbau des gemeinschaftlichen Wareneinkaufs überall dort, wo diese Betriebsrationalisierung durch die äussern Umstände des Konkurrenzkampfes zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden ist.
9. Einsatz der genossenschaftlichen Selbsthilfe dort, wo die Kraft des einzelnen Detaillisten zur Lösung beruflicher oder standespolitischer Angelegenheiten nicht mehr ausreicht.
10. Propaganda zu Gunsten des praktischen Solidaritätsgedankens im selbständig erwerbenden Mittelstande durch gegenseitige bessere Berücksichtigung.
11. Schaffung eines Sanierungs- und Solidaritätsfonds für den Detailhandel unter finanzieller Mitbeteiligung des Detailhandels und seiner Lieferanten zur Durchführung der mit der Reorganisation des Detailhandels zusammenhängenden Probleme.
12. Zusammenarbeit aller Organisationen des Handels zwecks Schaffung einer Wirtschaftskorporation des schweizerischen Handels.
13. Stellungnahme zum Genossenschaftsgedanken.
14. Anbahnung einer Verständigungspolitik in allen, den gesamten schweizerischen Handel gemeinsam interessierenden Fragen.
15. Ausgestaltung der Berufsverbände mit öffentlich-rechtlichen Kompetenzen.
    Heranbildung dieser Wirtschaftsverbände zu Trägern der wirtschaftlichen und sozialen Willensbildung.
16. Mitwirkung der Staatsverwaltung beim Abschluss verbindlicher Vereinbarungen zwischen Gross- und Kleinbetrieben.
17. Fortsetzung der Studien in bezug auf die Übersetzung der verschiedenen Branchen des Detailhandels.
    Durchführung von Erhebungen unter Mitwirkung der Verbände und staatlichen Organe.
18. Studium der Frage der freiwilligen Einschränkung der Zahl der Detailgeschäfte auf Grund berufsständischer Zusammenarbeit zwischen Detailhandels-Organisationen, Grossisten, Einkaufsgesellschaften und Fabrikanten.
19. Gründungs- und Erweiterungsverbot für gefährdete Berufszweige in Zeiten wirtschaftlicher Krise.
20. Abklärung des Problems der Einführung einer gesetzlichen Bedürfnisklausel.

V. O. L. G.

Kürzlich ist für 1940 der 54. Jahresbericht des V. O. L. G. erschienen. Diesem gehören 328 landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaften an. Wir entnehmen demselben, dass der Umsatz gegenüber 1939 um Fr. 5,051,000.— bzw. 9,62 % auf Fr. 57,555,500.— gestiegen ist. Darüber hinaus wurde für den Bund Getreide übernommen im Betrage von Fr. 5,482,400.—, welche Zahl ebenfalls höher ist als im Vorjahre.

Betrachtet man den Verkehr der einzelnen Warengruppen, so lassen sich aus kriegswirtschaftlichen Gründen wert- und mengenmässig stark divergierende Entwicklungsrichtungen feststellen. Naheliegend ist, dass die Umsatzmenge verschiedener Massengüter, die teilweise oder ganz importiert werden müssen, deutlich eine rückläufige Tendenz aufweist. So zeigen z. B. die Kraftfuttermittel einen Minderumsatz von 1351 Waggons à 10 t, Kunstdünger einen solchen von 480 Waggons; auch Zucker und Kohlen vermochten ihre letztjährigen Verkehrsziffern natürlich nicht mehr zu erreichen. Bei verschiedenen andern Warenkategorien hat hingegen der Umsatz quantitativ zugenommen, hiezu gehören u. a. diverse Positionen der Produktenverwertung. Mit 1065 Wagen à 10 t Kernobst übernahm der V. O. L. G. nahezu 600 Wagen mehr als 1939. Die Menge der verwerteten Speise- und Futterkartoffeln stieg auf 1291 Wagen. Ferner stellte der V. O. L. G. für die letzte Anbauperiode die bis jetzt nie erreichte Zahl von 547 Wagen Saatkartoffeln bereit. Gesamthaft belief sich der Verkehr in Landesprodukten auf 3851 Wagen à 10 t. Die Dörrerei, deren technische Leistung verdoppelt wurde, ist seit anfangs August ununterbrochen in Betrieb und konservierte bis Ende Jahr über 800,000 kg Äpfel, Birnen, Bohnen und Kartoffeln. Die Weinabteilung setzte 2,07 Millionen Liter ab, gegen 2,21 Millionen Liter im Vorjahr. Der an sich unbedeutende Ausfall ist auf den geringen Ertrag des Jahrganges 1940 (⅓ von 1938) zurückzuführen. Umso erfreulicher sind dessen qualitative Eigenschaften, die in den stetig verbesserten Kellereianlagen heranreifen. Eine bedeutende Erweiterung erfuhren ferner die beiden Verbandsmostereien in Winterthur und Eiken/Fricktal, die in ihren Tanks nunmehr 1,8 Millionen Liter Süss- und Gärmost aufnehmen können. Auch das Lagerhaus Lenzburg wurde vergrössert und im kommenden Frühjahr erhält — was hiermit bekannt gegeben sei — die Bündner Niederlassung ebenfalls mehr Ellenbogenfreiheit durch die auf den 1. April 1941 erfolgende Übernahme des geräumigen Lagerhauses der Räthischen Lagerhaus-A.-G. in Landquart.

Der Lastwagenpark umfasst nach wie vor 22 Wagen und 12 Anhänger, die jedoch gegenwärtig nicht mehr voll ausgewertet werden können. Die im Strassenverkehr transportierte Warenmenge ist daher um rund 50,000 q auf 369,000 q zurückgegangen.

Die Betriebsrechnung ergab, wie bereits in Nr. 3 des «S. K.-V.» mitgeteilt worden ist, einen Nettoüberschuss von Fr. 417,400.— resp. 0,75 % des Umsatzes. Der Überschuss wird zu Abschreibungen, zu einer Rückvergütung an die Verbandsgenossenschaften nach Massgabe ihrer Warenbezüge sowie zu einem grösseren Vortrag auf neue Rechnung verwendet. In der Bilanz bewegen sich die Warenvorräte wertmässig ungefähr auf der gleichen Höhe wie 1939. Die Immobilien werden mit 2,2 Mill. Fr. angegeben. Mobilien und Maschinen figurieren darin nur pro memoria mit 1 Fr., ebenso die Beteiligungen. Die offenen Reserven sind auf 2,2 Mill. Fr. angewachsen. Die Bilanz darf als durchaus solid bezeichnet werden. Die in den letzten Jahren systematisch verfolgte Kräftigung des Betriebes dürfte dem V. O. L. G. in der bevorstehenden schweren Zeit sehr zu statten kommen. Er wird seine Bedeutung auch im Rahmen des landwirtschaftlichen Mehranbaues erneut unter Beweis stellen.

Immer tut jemand das, wovon irgend jemand erklärte, es könnte nicht getan werden. **Emil Oesch.**

Verschiedene Tagesfragen.

Aufruf der Kriegsfürsorgekommission an die Arbeitgeber betr. Ausrichtung von Familien- und Kinderzulagen. Die Kriegsfürsorge-Kommission der Schweiz. Landeskonferenz für soziale Arbeit richtete an verschiedene Arbeitgeberverbände ein Rundschreiben, in dem um die Ausrichtung von Familien- und Kinderzulagen ersucht wird. Ein Ausgleich für die von der Teuerung am härtesten Betroffenen, die kinderreichen Familien, sei jetzt besonders dringlich. Damit will sich die Kommission nicht etwa gegen generelle Teuerungszulagen aussprechen. Die Familien- und Kinderzulagen haben in der Gegenwart angesichts des Geburtenrückganges eine erhöhte Bedeutung erlangt. Auf Grund einer Untersuchung einer Sozialen Frauenschule ergibt sich im Existenzminimum zwischen einem Haushalt mit einem Kind und einem solchen mit sechs Kindern pro Monat die ganz bedeutende Differenz von Fr. 186.40.

Expertenkonferenz für eine schweizerische Wirtschaftspolitik. Unter dem Vorsitz von Herrn Bundesrat Dr. Stampfli tagte am 4. und 5. März in Bern eine Expertenkommission zur Beratung der rechtlichen Grundlagen für die nächstliegenden Aufgaben der schweizerischen Wirtschaftspolitik. In der Kommission waren das Parlament, die Kantone und die Wissenschaft sowie die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Konsumenten vertreten. Behandelt wurden namentlich die Fragen der Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen und von Beschlüssen und Vereinbarungen von Berufsverbänden, die Einführung der Bewilligungspflicht für die Eröffnung neuer Betriebe, die Reform der Arbeitslosenversicherung, die Einführung der Altersversicherung und die Frage des Familienschutzes.

Sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer waren der Auffassung, dass die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen in der gegenwärtigen Zeit ein geeignetes Mittel zur Erhaltung und Festigung des Arbeitsfriedens darstelle. Immerhin wurde verlangt, dass mindestens die in den neuen Wirtschaftsartikeln der Bundesverfassung für diese Materie vorgesehenen Kautelen gewahrt werden sollten.

In der Diskussion über die Einführung der Bewilligungspflicht wurden verschiedene Bedenken, namentlich solche hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Grundlagen, zum Ausdruck gebracht. Man fand sowohl den Bundesbeschluss vom 29. September 1936 über wirtschaftliche Notmassnahmen als den Vollmachtenbeschluss vom 30. August 1939 als nicht genügende Grundlage für die gesetzliche Lösung dieser Frage. Sie soll noch näher geprüft werden.

In bezug auf die Reform der Arbeitslosenversicherung war man einhellig der Auffassung, dass vorerst alle Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung ausgeschöpft werden sollen.

Familienpolitik. «Konsumungeheuer». In der «Roten Revue» (Nr. 6. Februar 1941) lesen wir im Artikel «Familienpolitik» von Dr. Emma Steiger unter anderem folgendes:

«Wer keine Kinder hat oder höchstens einen wohlbehüteten Sprössling, den er am liebsten schon im Stubenwagen in eine sichere Staatsstellung brächte, der ist in grosser Gefahr, das zu werden, was ein prominenter Genosse so plastisch «Konsumungeheuer» genannt hat. Er dachte dabei an Menschen, die nur für sich und ihr Wohlbehagen leben und sich nicht als lebendiges und verantwortliches Glied in der Kette der Generationen fühlen, nicht spüren, dass sie das Leben, das sie von ihren Vorfahren erhalten haben, vermehrt und bereichert und gehoben weitergeben sollten. Solche Menschen, die auch in der Arbeiterschaft gar nicht so selten sind, wollen vor allem Ruhe und Sicherheit, scheuen vor Wagnis und Opfer zurück, können sich für nichts mehr begeistern und denken höchstens an ihr eigenes Alter....

Die geschilderten «Konsumungeheuer» sind immer, ganz besonders aber in der heutigen brodelnden Zeit des Überganges und der sozialen Neuschöpfung, ein schwerer Ballast. Sie lähmen jedes Volk und jede soziale Gruppe, in der sie in beträchtlicher Zahl vorhanden sind.»

Versorgung und Rationierung

Entrahmung der Konsummilch? In der Presse ist schon oft die Frage aufgeworfen worden, ob die Konsummilch entrahmt werden solle, um so die Fettversorgung unseres Landes eher sicherstellen zu können. Doch sei zum voraus bemerkt, dass es sich hier um eine theoretische Erörterung handelt, da die Butterversorgung gegenwärtig keine Schwierigkeiten bereitet und die Rationen nicht unter die bisherigen Mengen gebracht werden sollen.

Als die Anregung auftauchte, die Konsummilch künftig zu entrahmen, sprachen sich die Physiologen dagegen aus. Durch die Ausbutterung verliere das Milchfett an Vitamingehalt. Auch auf Grund von Erfahrungen aus dem letzten Weltkrieg sind die Ernährungswissenschafter dagegen. Kürzlich sprach sich auch Dr. Thomann, der Direktor der Molkereischule Rütti-Zollikofen, gegen eine Entrahmung der Milch aus und betonte, dass als Konsummilch nur Vollmilch in Frage komme. Neben den mancherlei Schwierigkeiten bei der praktischen Durchführung einer Entrahmung und der Verteilung an die Konsumenten, wird weiter darauf hingewiesen, dass die Abrahmung der Milch eine ungenügende Haltbarkeit zur Folge haben würde. Der Zentralverband der schweizerischen Milchproduzenten hat sich zu dieser Frage noch nicht ausgesprochen, doch könne festgestellt werden, dass man auch hier gegen eine Entrahmung der Milch sei, denn es war hohe Errungenschaft der Milchwirtschaft und der Gesundheitspolizei, die vor einigen Jahrzehnten übliche, teilweise entrahmte «Marktmilch» durch reine Vollmilch zu ersetzen. L. I.

Fahrbereitschaft der mit einem Aufgebot belegten Motorfahrzeuge. Den Fahrzeughaltern, die infolge der Rationierung der Motortreibstoffe ihre mit einem Aufgebot belegten Motorfahrzeuge stillegen mussten und Fahrzeugausweise und Kontrollschilder abgegeben haben, werden an die Kosten zur Erhaltung der Fahrbereitschaft monatliche Beiträge ausgerichtet.

Diese Beiträge werden nur ausgerichtet, solange die Fahrbereitschaft dieser Fahrzeuge besteht. Ist ein Fahrzeughalter nachgewiesenermassen nicht in der Lage, sein mit einem Aufgebot belegtes Motorfahrzeug in ständiger Fahrbereitschaft zu halten, so verfügt das Armeekommando entweder die Aufhebung der Belegung des Fahrzeuges mit einem Aufgebot oder ordnet die erforderlichen Massnahmen zur Sicherstellung der Fahrbereitschaft auf Kosten der Armeeverwaltung an.

Sozialverpflichtete Firma. Einen löblichen Entschluss im Hinblick auf das sich im Gange befindliche Anbauwerk fasste dieser Tage die Betriebsleitung eines mittleren Unternehmens im St. Galler Seebezirk. Durch Anschlag wurde der beinahe 170 Angestellte umfassenden Belegschaft bekanntgegeben, dass Beurlaubungen an Samstagen zum Zwecke der Mithilfe in der Landwirtschaft ohne weiteres gestattet werden. An gewöhnlichen Wochentagen werden unter vorzeitiger Angabe Absenzen, z. B. durch notwendige Arbeiten im eigenen Pflanzland oder durch Aushilfe in benachbarten landwirtschaftlichen Betrieben, ebenfalls entschuldigt.

Volkswirtschaft

Drohende Wohnungsnot? „Wohnbauschlacht".

Die Wohnungsmarktlage in Basel, Bern und Zürich um die Jahreswende 1940/41.

(Korr.) Wie seit mehreren Jahren regelmässig, hat auch am 1. Dezember 1940 in den Städten Basel, Bern und Zürich eine Zählung der leerstehenden Wohnungen stattgefunden.

Die Leerwohnungszahlen lauten für die drei genannten Städte:

	Leerstehende Wohnungen absolut			Leerstehende Wohnungen von 100 Wohnungen überhaupt		
	Basel	Bern	Zürich	Basel	Bern	Zürich
1935	1918	1213	3123	3,7	3,6	3,5
1936	1672	1158	3356	3,2	3,4	3,7
1937	1489	1148	2867	2,8	3,3	3,1
1938	1391	1188	2267	2,6	3,3	2,4
1939	1572	976	2330	2,9	2,7	2,4
1940	1661	320	2231	3,0	0,9	2,3

Diese Uebersicht veranschaulicht die uneinheitliche Entwicklung der Wohnungsmärkte der drei Städte, vor allem seit Ausbruch des gegenwärtigen Krieges. Während in Basel und Zürich die Zahl der leerstehenden Wohnungen von 1939 auf 1940 nahezu unverändert geblieben ist, hat in der gleichen Zeit die Zahl der leerstehenden Wohnungen in der Bundesstadt um 656 oder 67,2 % abgenommen. In Zürich standen am 1. Dezember 1940 2,3 %, in Basel 3,0 %, wogegen in Bern 0,9 % aller Wohnungen leer.

Wie sind diese Prozentsätze zu beurteilen? Unbestritten ist heute, dass ein gewisser Vorrat an Leerwohnungen notwendig ist, um einen genügenden Spielraum für den Neubedarf infolge Haushaltsneugründungen und allfälligen Mehrzuzugs von auswärts zu gewähren, dann aber auch, um die Umzüge und vor allem die von Zeit zu Zeit notwendigen Reparaturen und Instandstellungsarbeiten zu ermöglichen.

Als allgemeine Norm kann man etwa einen Satz von 1—2 % annehmen, wobei 1 % für grössere ländliche Gemeinden und 1½—2 % (2 % für Kleinwohnungen) für Grosstädte gilt.[1]) Die Erfahrungen in Basel, Bern und Zürich haben gezeigt, dass bei einem Satz von 1½—2 % — vorausgesetzt, dass die Bautätigkeit dem laufenden Bedarf entspricht — die Wohnungsmarktlage im Gleichgewicht verharrt, d. h., dass das Wohnungsbedürfnis reibungslos befriedigt werden kann und die Mietzinse unverändert bleiben.

Hält man sich bei der Beurteilung der Wohnungsmarktlage der drei genannten Städte an die obige Norm — 1½—2 % — so zeigt sich, dass sowohl in Basel, wie in Zürich der Leerwohnungsprozentsatz über, in Bern dagegen mit 0,9 % unter dem Normalsatz steht.

Nun kommt es bei der Beurteilung der Wohnungsmarktlage nicht nur auf den Leerwohnungsprozentsatz an, sondern auch auf die Lage auf dem Baumarkte, d. h. auf die Zahl der im Bau begriffenen Wohnungen (Neuwohnungs-Sichtangebot). Auf dem Berner Wohnungsmarkte wäre z. B. alles in Ordnung, wenn ausser den 320 am 1. Dezember 1940 leergestandenen etwa 650—700 Wohnungen im Bau begriffen gewesen wären. Statt dessen waren es aber bloss deren 250. In Bern werden nach den Ausweisen des dortigen städtischen Statistischen Amtes im Jahre 1941 höchstens 3—400 Wohnungen erstellt, so dass das für die Wohnungsuchenden zur Verfügung stehende Gesamtwohnungsangebot etwa 6—700 Wohnungen betragen wird. Der Wohnungsverbrauch belief sich aber in den Jahren 1938 und 1939 auf je 6—700 und im Jahre 1940 auf rund 1000 Wohnungen. Der starke Wohnungsverbrauch in Bern im Jahre 1940 hängt mit dem Kriege zusammen. In den vielen in Bern geschaffenen Kriegsämtern hielten zahlreiche verheiratete Funktionäre von Auswärts ihren Einzug, die Wohnungen für ihre Familien benötigten. Ausserdem wurden zahlreiche Wohnungen zu Bürozwecken gemietet. Dadurch entstand in Bern im Jahre 1940 ein grosser zusätzlicher Wohnungsbedarf, der sich natürlich 1941 nicht in diesen Ausmassen geltend machen wird. Das Statistische Amt der Stadt Bern rechnet für das Jahr 1941 mit einem Wohnungsverbrauch von 6—700 Wohnungen. Stellt man diese Nachfrage dem Angebot von 650—700 Wohnungen gegenüber, so ergibt sich, dass in Bern auf Jahresende 1941 von dem gegenwärtigen Leerwohnungsvorrat von 320 keine oder nur wenige Wohnungen übrig bleiben werden. Die Wohnungsmarktlage Berns muss also als sehr kritisch angesehen werden.

Für die Städte Basel und Zürich ist zurzeit die Lage auf dem Wohnungsmarkt noch durchaus befriedigend. In Basel war, wie das dortige Statistische Amt mitteilt, im Gegensatz zu Bern der Wohnungsverbrauch im Jahre 1940 ein sehr kleiner. Als Gründe dafür werden genannt: die erhebliche Abwanderung von Familien (Grenzstadt!) und zahlreiche Haushaltungsauflösungen zufolge Militärdienstes. Wie zur Zeit des letzten Krieges wird aber auch in Basel in der nächsten Zeit der Leerwohnungsvorrat zusammenschrumpfen, da auch in Basel die Bautätigkeit eine stark rückläufige Tendenz verzeichnet. Während von Juni/November 1939 in Basel 712 Wohnungen erstellt wurden, gelangten in derselben Zeit des Jahres 1940 nur 263 auf den Markt. Baubewilligt wurden in der gleichen Zeit: 1939 = 614; 1940 = 190!

In Zürich hat die rückläufige Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt bereits eingesetzt. Hat sich doch der Prozentsatz von 2,4 im Jahre 1939 auf 2,3 im Jahre 1940 gesenkt. Sie wird sich im Verlaufe des Jahres 1941 stärker auswirken. Dafür spricht die für Zürich geringe Zahl von 592 Ende Dezember 1940 im Bau begriffenen Wohnungen (Zürich zählt über 60,000 Haushaltungen). Im selben Zeitpunkt des Vorjahres belief sie sich auf 904 Wohnungen.

Der Artikelschreiber ist sich bewusst, dass es ausserordentlich schwierig ist, angesichts der grossen Unsicherheit sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf politischem Gebiet, eine Voraussage über die Weiterentwicklung des Wohnungsmarktes in grösseren Stadtgemeinden zu machen. Eines steht aber heute ausser allem Zweifel, wenn man die in diesem Artikel gebotenen Zahlen ins Auge fasst, sowie auch untenstehende Zahlen, die in der Dezembernummer der «Volkswirtschaft» über die Bautätigkeit in 28 Städten veröffentlicht wurden: Der Wohnungsmangel steht in zahlreichen Gemeinden — ähnlich wie das der letzte Weltkrieg mit sich brachte — vor der Tür.

Neuerstellte und baubewilligte Wohnungen in 28 Städten
Januar/November 1939 und 1940.

	Neuerstellte Wohnungen		Baubewilligte Wohnungen	
	Januar/November		Januar/November	
	1939	1940	1939	1940
Zürich (neues Stadtgebiet)	2537	1020	1663	965
Basel	712	263	614	190
Genf (Aggl.)	683	416	373	56
Bern	422	360	491	389
Lausanne	627	323	594	226
St. Gallen	35	25	74	19
Winterthur (Aggl.)	351	203	284	187
Luzern	220	139	199	153
Biel	183	94	242	36
La Chaux-de-Fonds	9	2	12	3
Neuenburg	21	5	24	14
Freiburg	75	85	60	61
Schaffhausen	78	77	106	8
Thun	69	47	123	47
Chur	33	15	39	10
Lugano	23	13	45	14
Solothurn	61	10	65	15
Herisau	2	3	6	6
Olten	41	23	65	10
Vevey	32	24	26	3
Le Locle	2	—	2	1
Aarau	50	48	56	34
Davos	5	2	7	—
Zug	84	18	81	13
Rorschach	9	1	6	1
Bellinzona	9	10	10	12
Grenchen	60	3	49	11
Baden	33	23	85	8
Total	6466	3252	5410	2492

In der Zeit von Januar bis November 1940 gelangten in den 28 Stadtgemeinden nur 3252 neue Wohnungen auf den Markt, gegenüber 6466 zur gleichen Zeit des Vorjahres, und die Zahl der baubewilligten Wohnungen sank von 5410 auf 2492. Die nächstliegende Auswirkung des Schrumpfens der Bautätigkeit wird überall ein Zurückgehen der Leerwohnungsbestände sein.

[1]) Vgl. «Handbuch der Schweiz. Volkswirtschaft», Artikel «Wohnungsmarkt».

Die Behörden werden daher gut tun, der Entwicklung der Wohnungsmarktlage in den Stadtgemeinden ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um rechtzeitig eingreifen zu können, damit nicht jene misslichen Verhältnisse im Wohnungswesen sich wiederholen, wie sie die ältere Generation unter den Lesern dieser Zeitschrift im Weltkriege miterlebt hat. Damals mussten in zahlreichen Gemeinden obdachlos gewordene Familien in Schulhäusern und Barackenwohnungen untergebracht werden. Das Ausmass der Wohnbautätigkeit sollte aber behördlich überwacht werden, um den frühern Wechsel von Über- und Unterproduktion im Wohnungsbau, der volkswirtschaftlich ein grosser Luxus war und heute nicht mehr verantwortet werden kann, zu verunmöglichen. Ein solches planvolles Bauen an den Standorten des wirklichen Bedarfs setzt voraus, dass der Bedarf an neuen Wohnungen von zentraler Stelle, im Einvernehmen mit den Ortsbehörden, festgestellt wird.

Man redet heute wohl von der Lebensmittelknappheit und der «Anbauschlacht». Möge man auch die bevorstehende Verknappung auf dem Wohnungsmarkte in vielen Gemeinden erkennen und rechtzeitig die zur Abwendung einer Wohnungsnot, mit ihren für das Volksleben traurigen Aussichten, erforderlichen Massnahmen ergreifen. Auch für die

«Wohnbauschlacht»

ist die Aufstellung eines «Schlachtenplanes» unerlässlich.

Verkehrsprobleme.

Der «Schweizerischen Verkehrs- und Tarifzeitung» sind folgende Mitteilungen zu entnehmen:

Transport in Spanien.

Die spanische Regierung hält das Transitverbot immer noch aufrecht. Es muss grundsätzlich seine Aufhebung verlangt werden. Da die spanischen Bahnen über wenig Rollmaterial verfügen — bei einem Schienenstrang von 16.773 Kilometer erreicht Spanien kaum ein Drittel der Verkehrsdichte der übrigen europäischen Länder — kann voraussichtlich nur die Verwendung portugiesischer Waggons, für die der Transit freigegeben wurde, oder Camionbeförderung bis an die französische Grenze in Betracht kommen.

Marseille Freihafen für die Schweiz?

Im Schiffahrtsorgan «Le sémaphore» (Marseille) wird angeregt, im Hafen von Marseille der Schweiz einen Freihafen einzuräumen, ähnlich wie dies Jugoslawien von Seiten Griechenlands in Saloniki zugestanden worden sei.

Transport Genua-Schweiz.

Entgegen anderslautender Meldung sind die Abtransporte von Gütern von Genua nach der Schweiz kurz nach der Bombardierung wieder regulär vor sich gegangen und die betreffenden Transporte in verhältnismässig kurzer Lieferfrist (ca. 5 Tage) am Bestimmungsort eingetroffen.

Erhöhung der Seeraten.

In New Yorker Schiffahrtskreisen rechnet man mit der Möglichkeit, dass ab 1. April 1941 die Seeraten von den Häfen der Ostküste der U. S. A. nach dem Fernen Osten um weitere 20 bis 33 1/3 % erhöht werden.

Kurze Nachrichten

Kollektivverträge mit Allgemeinverbindlichkeit sind bundesrechtswidrig. Ein vom Grossen Rat des Kantons Freiburg angenommenes Gesetz wurde von einer grossen Anzahl Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände mit staatsrechtlicher Beschwerde angefochten. Die staatsrechtliche Abteilung des Bundesgerichtes hat die Beschwerde geschützt und das Gesetz aufgehoben, wie dies schon früher in analogen Fällen in den Kantonen Genf und Neuenburg geschehen ist.

Eingabe des Gewerkschaftsbundes an den Bundesrat. Am 3. März hat der Schweiz. Gewerkschaftsbund eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet, in der die Landesregierung ersucht wird: die Preiskontrolle so straff zu handhaben, dass keine Steigerung von Realverdiensten und keine Kriegsgewinne möglich werden und die Anpassung der Löhne in weitergehendem Masse als bisher zu fördern; das mit dem Ziele, durch eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens einen ausserordentlich wichtigen Beitrag zur Behauptung unserer Unabhängigkeit zu leisten.

Schokoladenfabrik Lindt & Sprüngli. Der Reingewinn im Jahre 1940 beträgt rund Fr. 281.000.— (im Vorjahr Fr. 264.000.—). Wie im Vorjahr wird eine Dividende von 6 % ausgerichtet.

Der Landesindex der Kosten der Lebenshaltung verblieb Ende Februar 1941 auf dem Vormonatsstand von 162.9 (Juni 1914 = 100).

Sinkende Zolleinnahmen. Im Februar 1941 betragen die Zolleinnahmen 12.3 Millionen (1940: 22.4 Millionen). Der Minderertrag beläuft sich auf 10.1 Millionen. Zollerträgnisse für Januar und Februar 1941: 25.9 Millionen (1940: 42.8 Millionen). Einnahmenrückgang für die ersten zwei Monate: 16.9 Millionen.

Der **Index der Grosshandelspreise** stellt sich Ende Januar 1941 mit 166.5 (Juli 1914 = 100) um 1,6 % über Vormonatsstand oder um 30,4 % über Vorjahresstand.

Wohnungsmarkt. In den Städten wurden im Januar 1941 insgesamt 38 (Vorjahr 200) Wohnungen neuerstellt und 268 (206) baubewilligt.

Bei Massnahmen der Arbeitsbeschaffung wurden Ende Januar 1941 11.456 Beschäftigte gezählt gegenüber 5513 vor einem Monat und 6064 vor einem Jahre.

Unser Aussenhandel im Februar. Im Februar weist die Einfuhr wie im Vormonat wiederum einen Wert von 134.1 Millionen auf, die Ausfuhr erreicht 113,0 Millionen (Vormonat: 100.3 Millionen). Es ergibt sich demnach ein Einfuhrüberschuss von 21,1 Millionen Franken. Im Vorjahres-Februar betrug die Einfuhr 199.7 Millionen, die Ausfuhr 110.4 und der Passivsaldo 89,3 Millionen Franken.

Vergleicht man die Aussenhandelsergebnisse von Januar und Februar 1941 mit denjenigen der entsprechenden Vorjahresperiode, so ist beim Import eine Wertabnahme um 109,3 auf 268,2 Millionen festzustellen; der Export verzeichnet eine Erhöhung um 3.5 auf 213,3 Millionen. Der Passivsaldo in unserm Warenaustausch mit dem Ausland hat sich in den ersten zwei Monaten dieses Jahres um 112,8 auf 54,9 Millionen verkleinert.

Der Zuckerrübenpreis. Der Bundesrat hat den Zuckerrübenpreis auf Fr. 5.50 pro 100 Kilo schmutzfreie Ware festgesetzt (im Vorjahr betrug er Fr. 4.50 und 1939 Fr. 3.50).

Kaffee-Spezialgeschäft «Merkur», Bern. Das 127 Filialen zählende Unternehmen der Lebensmittelbranche verzeichnet pro 1940 einen Reingewinn von Fr. 359.700.— (im Vorjahr 327.600.—). Es soll eine Dividende von unverändert 7 % netto auf das Aktienkapital von 2,5 Millionen Franken ausgerichtet werden. Fr. 8000.— werden dem ordentlichen Reservefonds, Fr. 100.000.— der Personalfürsorgestiftung zugewiesen, Franken 10.000.— zu Vergabungen und Fr. 50.000.— zur Schaffung eines freien Reservefonds verwendet werden.

Aus der Praxis

Das Tram im Dienste des genossenschaftlichen Güterverkehrs.

Der Mangel an Treibstoffen führt zu interessanten und sicher auch begrüssenswerten Lösungen; diese stellen vor allem eine vermehrte Ausnützung der unserem Lande eigenen Triebkraft, der Elektrizität, dar. So konnten die S. B. B. einen Grossteil des vorher durch Autotransport bewältigten Verkehrs übernehmen und damit sich eine neue, unerwartete und wertvolle Einnahmequelle verschaffen. Im Nahverkehr ist jüngst eine in der letzten Zeit in den Städten Basel und Zürich erwogene Idee zur Wirklichkeit geworden, indem die Tramverwaltung der Stadt Zürich den Transport von Gütern praktisch an die Hand genommen hat, und zwar vorerst vor allem für den Lebensmittelverein Zürich. Dieser geht dazu über, eine Anzahl seiner an Tramlinien gelegenen Verkaufsstellen durch die

Strassenbahn zu versorgen. Wie einem in der «N. Z. Z.» erschienenen Bericht zu entnehmen ist, soll sich der Tramtransport wie folgt abwickeln:

> Der Güterverkehr kommt in den Strassen der Innerstadt, deren Geleise teilweise von verschiedenen Tramlinien befahren werden, nicht in Betracht, da es sich nicht nur darum handelt, zwischen die fahrplanmässigen Fahrten Güterkurse einzuschalten, sondern vor allem darum, die für das Ausladen der Güter notwendige Zeit zu sichern. Nur in Strassen, die von einer, allenfalls von zwei Strassenbahnlinien befahren werden, ist es möglich, zwischen den Kurswagen unter äusserster Ausnützung ihres zeitlichen Abstandes das Ausladegeschäft zu besorgen, bevor der nächste Kurs aufschliesst und den «Güterzug» zur Weiterfahrt zwingt. So werden beispielsweise die drei an der Seefeldstrasse liegenden Filialen des L. V. Z. nur so beliefert werden können, dass der Güterkurs bei der Fahrt stadtauswärts zwei Verkaufsstellen versorgt, sich in Tiefenbrunnen vom fahrplanmässigen Kurs überholen lässt und, unmittelbar an diesen anschliessend, den dritten Laden auf der Fahrt stadtwärts bedient. Um das Ausladen der Waren mit der nötigen Schnelligkeit bewerkstelligen zu können, wird der L. V. Z. den Güterkursen eine mehrköpfige Mannschaft aus seinem eigenen Personal mitgeben, die, etappenweise zurückbleibend, dafür sorgen wird, dass die auf das Trottoir abgeladenen Waren innert kurzer Zeit in den Verkaufsladen verbracht werden. Auf diese Weise wird der L. V. Z. etwa vierzig seiner in Aussenquartieren liegenden Filialen auf dem Schienenweg bedienen können. Im Laufe der drei ersten Wochentage werden sich die Güter mit zwei bis drei Fahrten am Vormittag und am Nachmittag befördern lassen, wobei sich diese Güterkurse auf die von Einsatzzügen nicht belasteten Stunden zwischen 8 und 12 und 14 und 18 Uhr werden beschränken müssen. Die Güterwagen der St. St. Z. werden am Escher-Wyss-Platz aus dem naheliegenden neuen Lagergebäude des L. V. Z. an der Lichtstrasse mit den Waren versorgt und können dabei die Lieferungen für zwei bis drei Verkaufsstellen gleichzeitig aufnehmen.

Es interessieren sich bereits weitere Unternehmen für den Transportdienst der Strassenbahn. Wenn es sich angesichts der Hauptaufgabe des Trams im Personentransport naturgemäss nur um eine auf die Dauer des gegenwärtigen Treibstoffmangels beschränkte Massnahme handeln kann, so bietet der gefundene Ausweg doch die Aussicht, dass drohende Schwierigkeiten für den Verteilungsapparat einer so grossen städtischen Konsumentenorganisation leichter überwunden werden können.

Bildungs- und Propagandawesen

Geleistetes zeigen!

Es ist vielleicht eine Schwäche der genossenschaftlichen Propaganda, dass sie von den mannigfachen Möglichkeiten, die die moderne Propagandatechnik bietet, nicht noch mehr Gebrauch macht, dass sie mit den immerhin doch respektablen Leistungen der Konsumgenossenschafts-Bewegung noch zu stark im publizistischen Hintergrund bleibt. Dass dies nicht nötig ist, hat besonders die eindrucksvolle Ausstellung in der Basler Mustermesse anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des V. S. K. gezeigt. Es gehört nun einmal zum Wesen des modernen Menschen, dass er Geleistetes allzuschnell vergisst und stets nach neuen Taten ruft. Diese Feststellung sollte um so mehr Anlass sein, nicht nur dem Bedürfnis nach Neuem stets Rechnung zu tragen, sondern auch das Vergangene, vor allem soweit es noch zu uns zu sprechen vermag, immer neu in Erinnerung zu rufen und so es auch heute noch als lebendiges Zeugnis des steten Tatwillens unserer Bewegung wirken zu lassen.

Um dies unseren Vereinen im ganzen Lande zu ermöglichen, ist das Material der V. S. K.-Ausstellung damals nicht vernichtet, sondern sorgfältig aufbewahrt worden, um auch an andern Orten zur Durchführung ähnlicher Veranstaltungen zu dienen. Dieser Zweck wird wesentlich erleichtert durch eine vor einiger Zeit herausgebrachte illustrierte Broschüre, die fast die ganze V. S. K.-Ausstellung in ihrer ursprünglichen Anordnung im Bilde festhält, hiezu einen erläuternden Text gibt und so im Beschauer die damals empfangenen Eindrücke von neuem lebendig werden lässt. An Hand der Broschüre und mit der gerne geleisteten Beihilfe der Werbeabteilung des V. S. K. wird es jedem Verein verhältnismässig leicht möglich sein, eine genossenschaftliche Ausstellung durchzuführen.

Nur immerwährende Höchstleistung, auch in scheinbar wenig propagandabedürftiger Zeit, wird es der genossenschaftlichen Publizität ermöglichen, Schritt und — was von ihr mit Recht erwartet werden soll — die Spitze zu halten.

Die Woche der Genossenschaftlichen Studienzirkel.

Als einzige Neugründung der Berichtswoche kam zu dem bereits in unserem letzten Bericht angekündigten ersten ein zweiter Studienzirkel in **Solothurn** hinzu. Die Gesamtzahl der uns bekannten Zirkel erreicht damit 124. Davon entfallen 72 auf das deutsche, 50 auf das französische und 2 auf das italienische Sprachgebiet. Die benützte Literatur ist in 71 Fällen in deutscher und in 53 Fällen in französischer Sprache verfasst.

Auf Einladung des Studienzirkels von **Les Brenets** sprach am 10. März Herr Perrenoud, Sekretär der Raiffeisenkassen des Kantons Neuenburg, vor Mitgliedern der «Coopératives Réunies», La Chaux-de-Fonds, und der lokalen Raiffeisenkasse in Les Brenets über das Thema «Die Raiffeisenkassenbewegung in der Schweiz im allgemeinen und im Kanton Neuenburg im besonderen».

Nun ist eine Studienzirkelbewegung auch in **Norwegen** im Werden. Vor kurzem erhielten wir eine erste Wegleitung, die von dem Leiter der Bewegung, Knut Fjaestad, verfasst ist und sich auf die Broschüre von Randolf Arnesen, Sekretär des Verbandes norwegischer Konsumvereine, «Kooperasjonen i raske traek» (Das Genossenschaftswesen in kurzen Zügen) stützt. Wir wünschen der jungen Bewegung den besten Erfolg! h.

Vierter Diskussionsabend der W. A. G. in Bern.

(Korr.) Frau R. Gilomen spricht in einem einleitenden Referat über die Anpassung der Ernährung an die natürlichen Voraussetzungen und zeigt, dass bei planmässiger Bewirtschaftung und sparsamem Haushalten die Versorgungslage unseres Landes noch nicht trostlos ist.

Aus dem Für und Wider um die vegetarische und die Fleisch-Küche resultiert die ziemlich übereinstimmende Meinung, dass weder der einen noch der andern Auffassung die Siegespalme zugesprochen werden kann, sondern dass es gilt, wie die Referentin in ihrem Vortrag ausführte, sich den natürlichen Voraussetzungen anzupassen. Gegenwärtig haben wir noch ziemlich grosse Fleischreserven, sodass eine allgemeine vegetarische Küche auf keinen Fall als zweckmässig anzusprechen wäre. Herr Dr. Schär weist — als Hüter der Fettöpfe unseres Landes in seiner Eigenschaft als Chef der Sektion für Fette und Öle des Eidg. Kriegs-Ernährungsamtes — auch darauf hin, dass die vegetarische Küche ziemlich viel Fett und Öl braucht, und da er immer wieder daran denkt, wie bald bei den Fettöpfen unseres Landes der Boden zum Vorschein kommt, macht ihn schon diese Tatsache mehr oder weniger zum Gegner der vegetarischen Küche. Des weitern macht Herr Dr. Schär darauf aufmerksam, dass die Schwierigkeit unserer Versorgungslage betr. Fettstoffe nicht nur darin liegt, dass uns diese an und für sich fehlen, sondern auch im Fehlen eines Produktes, das uns über diesen Mangel hinweghelfen könnte: die Futtermittel für unsere Viehbestände. Die letzteren müssen reduziert werden, und naturgemäss geht die Butterproduktion entsprechend zurück.

Im Laufe der Diskussion wird auch die Frage der Erhöhung der Lebensmittelpreise, speziell der landwirtschaftlichen Produktenpreise, aufgegriffen und die Anregung gemacht,

ob nicht — wie es im letzten Weltkriege der Fall war — an minderbemittelte Familien verbilligte Lebensmittel abgegeben werden könnten. Herr Freimüller, Polizeidirektor der Stadt Bern, findet diese Frage noch etwas verfrüht. Er weist auf die vorzüglichen sozialen Institutionen der Stadt Bern hin. Minderbemittelten wird durch die Stadt Bern bereits unentgeltlich Pflanzland zur Verfügung gestellt. Familien mit mehreren Kindern erhalten auch einzelne Lebensmittel, wie z. B. Kartoffeln und Rüebli, zu niedrigen Preisen. Immerhin ist zu bemerken, dass in andern Ortschaften und Kantonen das Vorbild von Bern noch nachzuholen ist.

Nicht unerwähnt blieb auch ein altbewährtes Mittel zu richtigem Sparen: «Gut kauen und mehr schlafen». Es fiel die Anregung, das Kriegs-Ernährungsamt möchte ausrechnen, welches Minimum von Schlaf für die Regeneration der menschlichen Kräfte nötig sei.

Zum Schlusse der Diskussion wurde noch auf die Altstoffwirtschaft hingewiesen und die Anwesenden aufgefordert, Verwandte und Bekannte auf die Notwendigkeit dieser Sammlungen aufmerksam zu machen. Für die Industrie ist z. B. die Rückgabe der leeren Konservenbüchsen von grösster Wichtigkeit. Nur wenn genügend Büchsen zur Verfügung gestellt werden, ist es möglich, weiterhin Gemüse und Früchte in notwendigen Mengen zu konservieren. Es wurden deshalb sämtliche Lebensmittelstellen angewiesen, leere Büchsen gegen Entschädigung zurückzunehmen.

Also sparsam haushalten und nichts vergeuden!

Instruktionskurs im Kreis IXb.

(Einges.) Einen Beweis genossenschaftlicher Zusammenarbeit erbrachte der am 16. Februar durch den Kreisverband IX b veranstaltete ganztägige Instruktionskurs. Es fanden sich insgesamt 121 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 22 Vereinen zusammen, um das von Herrn O. Bichsel, Chef der Ladenkontrolle des L. V. Z., gehaltene Referat «Kampf dem Verderb», sowie ein Referat über Schaufenster-Dekoration von Herrn Engesser, Chef der neu geschaffenen Abteilung Dekoration des V. S. K., anzuhören. Man muss sich nicht wundern, dass das schon um 9.30 Uhr besammelte, vornehmlich aus jüngerem Personal sich zusammensetzende Auditorium gespannt und aufmerksam den Ausführungen der Referenten folgte.

Herr Bichsel hat es treffend verstanden, uns von der Notwendigkeit zu überzeugen, dem nichtrationierten und namenlosen Verbrauch, dem Verderb, wo immer es auch sei, Einhalt zu gebieten. An Hand von Beispielen aus der Praxis hat Herr Bichsel gezeigt, wo und wie manches eingespart werden kann und so unseren Mitgliedern wieder zugutekommt. Besonders erwähnenswert ist die Aufforderung, die Konsumgenossenschaften möchten gerade im Kampfe mit dem Verderb durch Beispiel und durch sachliches und beratendes Aufklären der Verbraucherschaft die Initiative ergreifen.

In der darauffolgenden Diskussion wurden noch einige interessante Voten abgegeben und von Seiten des Verkaufspersonals Fragen gestellt. Am Nachmittag folgte das Referat von Herrn Engesser über Schaufenster-Dekoration, das durch Lichtbilder sehr interessant und lehrreich unterstrichen wurde. — Diese Zusammenkunft in Chur wird allen Teilnehmern in schöner Erinnerung bleiben. Schön schon deshalb, weil gleich mit Beginn der Tagung Genossenschaftslieder aus dem «Sängerwort», das der Consum-Verein Chur zur Verfügung gestellt hat, für den notwendigen Kontakt und das Sichverstehen zum Wohle unserer genossenschaftlichen Sache gesorgt haben. Alle, ob Verkäuferin, Metzger, Bäcker, Magaziner oder Fuhrmann, ob Funktionär, Verwalter oder Behördemitglied, alle haben von dieser wirklich schön verlaufenen Tagung etwas mitnehmen können.

Die Bibliothek des V. S. K. bietet ihre Dienste an.

Offenbar noch viel zu wenig weiss man in den Vereinen hin und her, dass die Bibliothek des V. S. K. jederzeit und allen Interessenten mit ihrem reichen und stets wieder ergänzten Bestande an Literatur aller Art, vornehmlich genossenschaftlicher, betriebs- und volkswirtschaftlicher Werke, zur Verfügung steht. Um den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in unseren Genossenschaften die Benützung der Bibliothek zu erleichtern und vor allem immer wieder einen Ansporn zu der so notwendigen und leider viel zu wenig betriebenen Lektüre einschlägigen Schrifttums zu geben, ist die Leitung der Bibliothek des V. S. K. dazu übergegangen, sich mit möglichst vielseitig beinhalteten Bücherlisten direkt an die Personen zu wenden, die als Benützer der Bibliothek in erster Linie in Betracht kommen. So gelangte jüngst eine Liste mit Schriften über Buchhaltung, Bilanzen und Revisionswesen, alles für die modernen Erfordernisse eines seriös geleiteten Betriebes sehr wichtige Gebiete, zum Versand. — Die einzigen Kosten, die für die Benützer der Bibliothek entstehen, ist das Porto für die Rücksendung an die Bibliothek. Es empfiehlt sich, die Listen unter dem Personal zirkulieren zu lassen. Es liegen in unserer Bewegung noch viele Kräfte und Möglichkeiten brach. Man belebe sie zum Nutzen für sich und die Sache.

Bibliographie

Zeitlose Wahrheiten. Zweihundert und einige Aphorismen von Jacob Lorenz.

Die Tatsache, dass die «Zeitlosen Wahrheiten» von Jacob Lorenz, dem Chefredaktor des «Aufgebot» und Leiter der Aufgebot-Bewegung, innerhalb kurzer Zeit die zweite Auflage erlebten, ist das ermutigende Zeichen, dass es in unserer durch das Quantitative, das laute Wort, den äusseren Schein vielfach verblendeten Menschheit doch immer wieder Menschen gibt, die Halt suchen und finden in den feinen, von Mensch zu Mensch, ja schon im einzelnen Menschen selbst wirkenden Bindungen, Beziehungen und Erkenntnissen. Von hier aus wird ihnen der Weg geöffnet zum Verständnis und vor allem zur Überwindung alles dessen, was sich oft so pomphaft und scheinbar überwältigend im Leben eines Volkes abspielt. Viele der von Jacob Lorenz gesammelten «Zeitlosen Wahrheiten» werden zu Wegweisern in einer richtungslosen Zeit. Jedermann wird sie mit Gewinn lesen. Einige von ihnen sollen im «Schweiz. Konsum-Verein» wiedergegeben werden. Die Buchhandlung der «Bücherfreunde» ist gerne bereit, den Besitz des 70 Seiten umfassenden Büchleins zu vermitteln. r.

Konsumgenossenschaftlicher Frauenbund

Konsumgenossenschaftliche Hilfe für die Bergbevölkerung.

Der Konsumgenossenschaftliche Frauenverein von Kreuzlingen, der sich einer stetig steigenden Mitgliederzahl erfreut, war von Anfang seines Bestehens bestrebt, nach Möglichkeit soziale Not zu lindern. Dieser Hilfe wurde nun — wie in der «Thurgauer Arbeiterzeitung» mitgeteilt wird — auf Weihnachten 1940 die arme Berggemeinde Acla im Medels teilhaftig. In ungezählten Arbeitsstunden wetteiferten die Mitglieder in der Verfertigung vor allem von warmen Bekleidungsgegenständen, Mädchenkleidern, Strickwaren aller Art, Hemden, Hosen und auch allerlei Spielsachen. Mit diesen Geschenken hat der Konsumgenossenschaftliche Frauenverein der Bevölkerung des 1478 m hoch gelegenen Bergdorfes eine sehr grosse Freude und eine wertvolle materielle Hilfe geleistet, wie dies aus einem Dankschreiben des dortigen Lehrers hervorgeht:

> «Ich konnte mich überzeugen, dass Sie unsern armen Bergfamilien eine sehr grosse Freude bereitet haben. Dankbaren Herzens kamen Väter und Mütter zu mir, um für die schönen Gaben zu danken. Besonders in heutiger Zeit waren diese doppelt willkommen und wertvoll. Wieviel Liebe und Aufopferung hat es doch gebraucht, um diese vielen und hübschen Sachen zusammenzubringen. Ich sage Ihnen im Namen meiner Schulkinder, ja der ganzen Bevölkerung unserer Weiler herzinnigen Dank.»

Studienzirkel und Genossenschaftlicher Frauenverein.

(Korr.) Für uns Frauen (Verfasserin ist Präsidentin eines Genossenschaftlichen Frauenvereins) gibt es in der Konsumgenossenschaft vier verschiedene Stufen der Betätigung:

1. Die Mitgliedschaft als Käuferin.
2. Der Beitritt in den Genossenschaftlichen Frauenverein.

3. Der Besuch der Studienzirkel.
4. Die Mitarbeit als Behördemitglied.

Die Mitgliedschaft als Käuferin ist der erste Beweis unseres Interesses für die Genossenschaft. Meistens bilden die Rückvergütung und der günstige Verkaufspreis Gründe des Beitrittes in den Verein.

In vielen Städten und grösseren Ortschaften wurden im Laufe der Jahre Genossenschaftliche Frauenvereine ins Leben gerufen. Der Zweck dieser Vereine ist, den Genossenschaftsgedanken in die Frauenwelt zu tragen, ihre Mitglieder zu überzeugten Genossenschafterinnen zu erziehen und die Hausfrauen auf allen Gebieten, welche die Haushaltführung und Kindererziehung betreffen, weiterzubilden.

Die Genossenschaftlichen Frauenvereine bringen uns somit dem eigentlichen Zweck der Genossenschaftsbewegung schon viel näher. Ganz richtig aufgeklärt über Entstehung, Sinn und Zweck der Genossenschaft wird man oft aber erst durch den Besuch der Studienzirkel.

Keine Verkäuferin, kein Behördemitglied, überhaupt kein Genossenschaftsmitglied sollte es unterlassen, an einem Studienzirkel mitzumachen. Vor allem die Mitglieder der Frauenvereine sollten die Studienzirkel restlos besuchen. Wir lernen dabei selbständig genossenschaftlich denken und vor allem selbständig urteilen. Jede Frau weiss, wie leicht sich besonders in der heutigen Zeit die Käuferinnen durch die niedrigen Preise der Konkurrenz verlocken lassen. Dass aber nicht der «billige Preis», sondern der «gerechte Preis», den uns die Genossenschaft bietet, dem Volke wirklich hilft, das lernen wir im Studienzirkel.

Manche Besucherin unserer Zirkel ist auf die Aufklärung hin ein viel besseres und treueres Mitglied geworden. Sie klärt auch andere Frauen auf. Besonders was das Kreditunwesen betrifft, haben wir gerade durch die Studienzirkel schon viel Abhilfe geschaffen. Entschieden ist jede Besucherin eines unserer Studienzirkel nachher nicht mehr nur Mitglied der Genossenschaft um der Rückvergütung willen, sondern aus voller Überzeugung der guten Sache wegen. Und die beste Propaganda für die Genossenschaft leisten bestimmt die Zirkelbesucherinnen. Denn von Frau zu Frau lässt sich am überzeugendsten der Genossenschaftsgedanke weiterpflanzen und alle Vorurteile widerlegen. Die Studienzirkel schaffen einen Stock überzeugter, aufgeklärter Genossenschafterinnen.

Im Zirkel pflanzt man auch Verständnis für die Landwirtschaft.

Die Studienzirkel geben uns das Rüstzeug zu richtiger Propaganda und Aufklärung.

Vereinigung der Konsumbäckereien der Schweiz

Zusammenkunft in Zürich.

Im Anschluss an die am Montag, den 24. Februar, in Zürich stattgefundene Tagung des Vereins schweiz. Konsumverwalter versammelten sich die Mitglieder der Vereinigung der Konsumbäckereien der Schweiz unter dem Vorsitz von Herrn E. Zulauf, Zentralverwalter des A. C. V. beider Basel. Es wurden die aktuellen Probleme, wie sie heute die Bäckereibetriebe beschäftigen, besprochen. Die früher schon gemeldete Schaffung einer einheitlichen Meldestelle für Zusatzkontingente auf Mehl wurde begrüsst. Der Präsident, Herr Zulauf, informierte u. a. über die in Bern stattgefundenen Verhandlungen mit dem Eidg. Kriegsernährungsamt, über den neuen Mehltyp, wie auch über die in Aussicht stehenden neuen Brotpreise.

Aus unserer Bewegung

Aus unseren Verbandsvereinen.

Folgende Umsatzzahlen sind uns zugegangen:

	1940	1939
Bassersdorf (Januar/Dezember) . .	131,200.—	109,900.—
Pregassona (Januar/Dezember) . .	88,200.—	88,500.—
Rheinau (Januar/Dezember) . . .	96,800.—	83,500.—
Sils i. D. (Januar/Januar)	282,500.—	241,100.—
Turbach (Januar/Dezember) . . .	59,900.—	62,000.—

Im Frauenverein des Konsumvereins **Aarau** sprach Frau E. Itin, Büromitglied des K. F. S., über «Freizeit-Beschäftigung».

Die Frauenkommission **Arbon** ladet die Genossenschafterinnen zu einem «Bunten Frauennachmittag» ein, an dem Frau R. Münch, Präsidentin des K. F. S., über das Thema «Warum Konsumgenossenschaftliche Frauenvereine?» referieren wird. Anschliessend findet eine gemütliche Unterhaltung mit Tanz und Tombola statt.

Herr Dr. Pritzker, Chef des Laboratoriums des V. S. K., hält auch in **Bassersdorf** einen Vortrag über «Unser täglich Brot in Kriegs- und Notzeiten».

In der französischsprachigen Sektion des Genossenschaftlichen Frauenvereins **Biel** referierte Herr Ch. Jung, Filmpropagandist des V. S. K., über «Genossenschafter angesichts einer neuen Ordnung». Im Anschluss an den Vortrag wurde ein Film vorgeführt.

Anlässlich der Generalversammlung der Konsumgenossenschaft **Gerlafingen** wird Herr H. Schlatter, Redaktor des «Genossenschaftlichen Volksblattes», aktuelle Tagesfragen erläutern.

Der Konsumgenossenschaftliche Frauenverein **Luzern** forderte seine Mitglieder zum Besuch eines Vortrages von Frl. Dr. D. Schmidt, Mitarbeiterin im Eidg. Kriegsernährungsamt, auf. Die Veranstaltung wurde von den dem Zivilen Frauenhilfsdienst angeschlossenen Frauenorganisationen, zu denen auch der Konsumgenossenschaftliche Frauenverein gehört, organisiert. Das Thema lautete: Die Schweizerfrau und die Landesversorgung. Wie begegnen wir drohender Hungersgefahr?

Im Jahresbericht des Konsumvereins **Niedererlinsbach** wird anerkennend erwähnt, dass während der Dienstzeit des Konsumbäckers die örtlichen Privatbäckereien bereitwillig und zufriedenstellend die Konsumbäckerei belieferten.

In **Reconvilier** sprach Herr Ch.-H. Barbier über das Thema «Economie fraternelle» und in **Vevey** und **Montreux** Herr Ch.-U. Perret, Vizepräsident des Aufsichtsrates des V. S. K., über «Les divers aspects de l'action coopérative».

Uster und **Vallorbe** veranstalteten Filmvorführungen. Gr.

Soziale Arbeit

Schweizerische Tagung für Freizeitgestaltung.

Die Schweiz. Kriegsfürsorge-Kommission der Landeskonferenz für soziale Arbeit veranstaltet im Kongressgebäude in Zürich am 22. und 23. März 1941 in grösserem Rahmen eine Tagung über das Thema «Freizeitgestaltung in der Gemeinde». Eine Reihe von kompetenten Fachleuten verschiedener Richtung wird in Kurzreferaten über das Freizeitproblem orientieren. Daneben wird die Wanderausstellung des Freizeitwerkstätten-Dienstes Pro Juventute gezeigt. Die Tagung bezweckt, die praktische Tätigkeit und Zusammenarbeit in den Gemeinden zu fördern. Eingeladen sind eidgenössische, kantonale und kommunale Behörden, sämtliche

Kriegsfürsorgekommissionen, Lehrer, Berufsberater und Geistliche, Vertreter von Jugend- und Freizeitorganisationen, sowie jedermann, der sich für die Freizeitgestaltung interessiert. Programm und Anmeldungen beim Tagungssekretariat Pro Juventute, Abteilung für Schulentlassene und Freizeit, Stampfenbachstrasse 12, Zürich.

Versammlungskalender

Samstag, den 15. März 1941.

Genossenschaftliche Zentralbank: Delegiertenversammlung im grossen Saal des Genossenschaftshauses im Freidorf b. Basel. Beginn: 14 Uhr. Vorversammlung. Beginn: 13.30 Uhr.

Arbeitsgemeinschaft der Chefbuchhalter schweiz. Konsumvereine

EINLADUNG
zu einer Zusammenkunft

Samstag und Sonntag, den 29. und 30. März 1941, in Zürich

Traktanden:

1. Protokoll.
2. Mitteilungen.
3. Besichtigung der L. V. Z.-Betriebe.
4. Probleme der Rationalisierung auf Grund praktischer Erfahrungen.
   Referent: O. Temperli, Zürich.
5. Aussprache über die Ausgleichsteuer.

Treffpunkt:

Samstag 12 Uhr im *Kaufhaus St. Annahof L. V. Z., Zürich* (Bahnhofstrasse 57 *b*).

Kollegen, die sich unserer Arbeitsgemeinschaft noch nicht angeschlossen haben, sind ebenfalls herzlich willkommen.

Der Präsident: O. Temperli.

Verwaltungskommission

Es werden folgende **Frühjahrskonferenzen** stattfinden: vom Kreisverband IIIa am 11. Mai, in Biel; vom Kreisverband VII am 20. April, in Rüti (Zürich).

Als Traktanden des V. S. K. für die Frühjahrskreiskonferenzen schlägt die Verwaltungskommission folgende Verhandlungsgegenstände vor:

a) Besprechung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung des V. S. K. pro 1940.

b) Statutenrevision des V. S. K.

c) Uebrige Traktanden der Delegiertenversammlung des V. S. K. vom 21. Juni 1941 in Luzern.

Die Kreisvorstände werden ersucht, uns die Daten und den Ort der Konferenzen bekanntzugeben, soweit dies noch nicht geschehen ist, damit wir alsdann den Delegierten der Verwaltungskommission bezeichnen können.

Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine (V. A. S. K.)

Den deutschsprechenden Mitgliedern der Versicherungsanstalt diene zur Kenntnis, dass der Jahresbericht mit Jahresrechnung pro 1940 in der Zahl der heute versicherten Personen plus ein Exemplar für die Verwaltung zum Versand gelangt ist.

Wir bitten die Verwaltungen, die Verteilung dieser Berichte an die versicherten Angestellten gef. unverzüglich vorzunehmen.

Genossenschaftliches Seminar
(Stiftung von Bernhard Jaeggi)

Dem Genossenschaftlichen Seminar sind vom Konsumverein Bischofszell und Umgebung Fr. 100.— überwiesen worden. Diese Vergabung wird hiermit bestens verdankt.

Arbeitsmarkt

Angebot.

33-jähriger, **tüchtiger Bäcker-Konditor,** verheiratet, mit Praxis in Konsumbäckereien, sucht Stelle. Zeugniskopien und Referenzen stehen zur Verfügung. Offerten erbeten an P. Gilgen-Wüst, Saumackerstrasse 9, Zürich 9.

Tochter, 20 Jahre alt, die demnächst die kaufmännische Lehrlingsabschlussprüfung bestehen wird, hat mit gutem Erfolg eine dreijährige kaufmännische Lehrzeit in einem Konsumverein absolviert und möchte nun Stelle in einem Konsumverein, womöglich an der Sprachgrenze der deutsch/französischen Schweiz, annehmen. Eintritt anfangs April nächsthin oder nach Übereinkunft. Zeugnisse stehen zu Diensten. Gefl. Anfragen unter Chiffre M. V. 44 an den V. S. K., Basel 2.

Gesucht Stelle als **Mitverkäuferin** für 21-jährige, ehrliche, intelligente Tochter mit besten Zeugnissen. Deutsch und französisch sprechend. Gefl. Offerten unter Chiffre T. A. 41 an den V. S. K., Basel 2.

Treue, fleissige Tochter, 18 Jahre alt, sucht Stelle in Konsumgenossenschaft als **Lehrtochter.** Familienanschluss erwünscht. Zeugnisse stehen zu Diensten. Offerten an Ida Heiniger, Neufeldstrasse 97, Bern.

Nachfrage.

Mittlerer Konsumverein der Ostschweiz sucht **versierte Verkäuferin** für **Ladendienst** und **allgemeine Büroarbeiten.** Eintritt 1. Mai 1941. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Lohnansprüchen und Beilage von Zeugniskopien und Photo sind bis spätestens den 20. März einzureichen unter Chiffre K. N. 112 an den V. S. K., Basel 2.

WO SPEIST MAN GUT IN BASEL?